

## Koch: Wir sind der Anwalt der Bürger

„Das Publikum reißt uns Listen und Stifte fast aus den Händen“, so der hessische CDU-Landesgeschäftsführer Siegbert Seitz. Und so steht es auch als Überschrift in der FAZ, die von der Unterschriftenaktion der CDU am 16. Januar auf dem Wiesbadener Mauritiusplatz berichtet.

„Noch nie haben in Deutschland an einem einzigen Tag so viele Menschen mit ihrer Unterschrift gegen ein politisches Vorhaben protestiert“, stellt der stellvertretende Landesvorsitzende Franz-Josef Jung den Montag darauf fest: „Damit sind selbst unsere kühnsten Erwartungen übertroffen worden.“ Rund 45.000 Unterschriften hat die hessische CDU insgesamt bei der Kampagne für Integration und gegen die doppelte Staatsbürgerschaft bereits am ersten Wochenende gesammelt.

### Andrang an den CDU-Ständen

Roland Koch betrachtet den Andrang an den CDU-Ständen mit Genugtuung. „Es beginnt eine machtvolle Demonstration des Bürgerwillens“, sagte der hessische CDU-Vorsitzende und Spitzenkandidat: „Und wir sind der Anwalt der Bürger.“

An der Aktion der CDU haben sich nach den Worten von Franz-Josef Jung sogar Ausländer und eingebürgerte Deutsche beteiligt, vor allem aus Italien, Spanien und Portugal: „Die Unterstellung von Ausländer-

Fortsetzung auf Seite 3

### HEUTE AKTUELL

● **Staatsangehörigkeit**  
Generalsekretärin Angela Merkel:  
Ja zur Integration! Seite 5

Integration und Staatsangehörigkeit: Sieben Fragen und sieben Antworten. Seite 8

● **Haushalt 1998**  
Haushaltsabschluß: Gute Schlußbilanz der früheren Koalition.  
Seite 14

● **Karlsruhe**  
Friedrich Merz: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts erzwingt ein neues Steuerreformkonzept. Seite 16

● **Europa**  
Deutsche EU-Präsidenschaft muß Chancen für Europa nutzen.  
Seite 21

● **Öffentlichkeitsarbeit**  
Unterschriftenaktion zum Staatsangehörigkeitsrecht: Formular für Unterschriften im DIN A 4-Format und als Postkarte – Leitfaden – Faltblatt – zwei Flugblätter.  
Seite 28-31

● **Dokumentation**  
Unser Thema ist Integration. Argumente zur Ausländerpolitik. Grüner Teil

## Kurz & gut

### Die Mehrheit

der Deutschen ist gegen die von der Schröder-Regierung geplante Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. 53 Prozent votierten in einer Emnid-Umfrage gegen diese Neuregelung im Staatsbürgerrecht, nur 39 Prozent sind für den „Doppelpaß“.

### Die Hessen-Wahl ist zu gewinnen!

Das war die einhellige Meinung der mehr als 2000 CDU-Anhänger, die in die Messehallen der Stadt Kassel zur Eröffnung der heißen Wahlkampfphase des Landtagswahlkampfes gekommen waren. CDU-Spitzenkandidat Roland Koch bestätigte mit einer kämpferischen Rede die Siegeszuversicht und forderte seine Parteifreunde auf, sich im Wahlkampf noch stärker für die Partei zu engagieren.

### Volker Rühle

wird im kommenden Jahr als Spitzenkandidat der CDU in die Landtagswahl in Schleswig-Holstein ziehen. Die Spitzenpremieren der Partei haben den ehemaligen Verteidigungsminister mit großer Mehrheit nominiert. Der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble hat die Bereitschaft seines Stellvertreters begrüßt und dessen Kandidatur eine „große Chance für das Land“ genannt.

### Einen

### Meilenstein

auf dem Weg zur Landtagswahl am 19. hat die sächsische CDU gesetzt. Mit dem eindeutigen Ergebnis von 96,1 Prozent haben die Delegierten des 11. Landesparteitag in Riesa Ministerpräsident Kurt Biedenkopf als Spitzenkandidat der CDU bei dieser Wahl bestätigt.

## Mit den Aktionen kann nun begonnen werden

Der Bundesvorstand der CDU hat mit Beschluß vom 9. Januar alle Gliederungen und Mitglieder der CDU aufgefordert, sich an vielfältigen Aktionen für mehr und konsequente Integration der hier lebenden Ausländer in unsere Gesellschaft und gegen die generelle Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit einschließlich einer Unterschriftenaktion zu beteiligen.

**CDU**

**DAS WICHTIGSTE  
DER WOCHEN  
AUF EINER SEITE**

**NR.  
2**

*Die doppelte Staatsangehörigkeit hilft nicht der Integration, sondern sie schafft ein neues Einfallstor für weitere Zuwanderung. Das kann nicht im Interesse Deutschlands sein.*

Wolfgang Schäuble

## „JA zu Integration – NEIN zu doppelter Staatsangehörigkeit“

Die Integration der dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für die Zukunft und den inneren Frieden unseres Landes von großer Bedeutung. Integration

erfordert Toleranz für andere Lebensart und das Bemühen, in Deutschland heimisch zu werden.

Wir wollen diesen hier lebenden Ausländern und ihren Kin-

dern die Integration und den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erleichtern.

Die Einbürgerung kann erst am Ende einer gelungenen Integration stehen. Eine klare Ent-

### Wortlaut des Aufrufs für die Unterschriftenaktion

scheidung für Deutschland und die deutsche Staatsangehörigkeit ist dazu unverzichtbar.

Deswegen sind wir gegen die generelle Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit.

### Argumente und Unterschriftenliste: In der CDU-Kreisgeschäftsstelle

#### Aufruf: Tun Sie was, ...

*sonst tut sich nichts!*  
– Mitglieder werben Mitglieder. – So lautet das Motto einer breit angelegten Mitglieder-Werbekaktion, die die Generalsekretärin der CDU, Angela Merkel, am 7. Januar gestartet hat. 10.000 neue Mit-

glieder haben seit dem 27. September letzten Jahres spontan ihren Eintritt in die CDU erklärt. Angela Merkel: Mit unserer Aktion wollen wir diese erkennbare Bereitschaft zum Mitmachen verstärken.

#### Mitten im Leben

soil ein bundesweiter Wettbewerb der Ideen und Aktionen die CDU zeigen. Auf einer Kreisgeschäftsführerkonferenz wurde am 12. Januar in Berlin der Startschuß dazu gegeben. Generalsekretärin Angela Merkel: „Wir wollen

die modernste Gesellschaft Europas werden. So steht es in unserem Grundsatzprogramm. Wir müssen deshalb auch die modernste Partei werden. Merkmal einer modernen Partei ist die Aktivität ihrer Mitglieder.“

Fortsetzung von Seite 1

feindlichkeit der Aktion ist ebenso vom Tisch wie die Behauptung, rechtsradikale Kräfte würden gestärkt.“

Unterschriftenlisten der Aktion „Ja zur Integration – Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft“ gibt es nach Angaben Jungs nicht nur in allen 26 CDU-Kreisgeschäftsstellen, sondern auch über das Internet ([www.roland-koch.de](http://www.roland-koch.de)).

Während Ministerpräsident Eichel noch in der vergangenen Woche öffentlich gehöhnt habe, so eine Aktion funktioniere „vielleicht am Fuße der Alpen“, gäben ihm die hessischen Bürgerinnen und Bürger die Antwort auf die gegen die Bevölkerung gerichtete Politik nunmehr per Unterschrift.

Allein in Frankfurt seien bislang 14.500 Unterschriften gesammelt worden, in Wiesbaden 3.300, im Main-Kinzig-Kreis 3.000, im Kreis Limburg-Weilburg 2.700 und im Hochtaunus 2.200. Der Kreis Fulda meldete ebenso wie der Lahn-Dill-Kreis 1.700 „Autogramme“, die Bergstraße ebenso wie der Kreis Groß-Gerau als SPD-Hochburg 1.300. In Stadt und Landkreis Kassel kamen 2.000 Unterschriften zusammen, in der Stadt Gießen 2.400.

Ein „Riesenerfolg“ war auch der Start der Unterschriftenaktion in Berlin: An mehr

**Fehlstart in Bonn**

**Doppelte Staatsbürgerschaft**

**Benzin teurer**

**Sparbücher besteuert**

**Strom und Heizung teurer**

**Gegensteuern!**

**Diesmal: CDU** 

Eine von vier Postkarten, mit denen die hessische CDU im Wahlkampf eine „Vorstellung“ von Rot-Grün gibt.

als 100 Ständen sind, wie ein Sprecher der Berliner CDU erklärte, jeweils zwischen 300 und 900 Unterschriften geleistet worden. Die rheinland-pfälzische CDU will am 20. Januar mit der Unterschriftenkampagne beginnen, die CSU unmittelbar nach dem 24. Januar. ■

## Roland Koch: Integrationsarbeit auch in der politischen Debatte leisten

**Frage:** *Als unsere Reporter hier in Berlin unterwegs waren und die Menschen gefragt haben, warum sie unterschreiben, war bei etlichen schon eine grundsätzliche Ablehnung gegenüber Ausländern herauszuhören. Haben Sie ähnliche Erfahrungen gemacht?*

**Roland Koch:** Das kann man nicht ausschließen, das ist ja auch eine der Aufgaben der großen Volksparteien wie der CDU, Integrationsarbeit auch

in der politischen Debatte zu leisten. Die Position, die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft nicht radikalen Parteien zu überlassen, sondern eine Regelung, die wir für sehr unvernünftig halten im demokratischen Spektrum zu diskutieren, ist auch eine Chance, zugleich über die Voraussetzung und die Notwendigkeit von Integration zu sprechen und nicht Kampagnen zu machen, die etwas mit Rückführung und 'Ausländer-raus' zu tun haben.

InfoRadio, 18. Januar

## Literaturpreis für gebürtige Türkin

Die gebürtige Türkin Emine Sevgi Özdamar erhält den mit 20.000 Mark dotierten Adelbert-von-Chamisso-Literaturpreis der Robert Bosch Stiftung.

Mit der Auszeichnung wird das deutschsprachige literarische Werk von Autoren ausgezeichnet, die nichtdeutscher Herkunft sind, aus einer Einwandererfamilie stammen oder deutsch in einem anderen Sprach- und Kulturraum erlernt haben.

Den entsprechenden Förderpreis der Bosch Stiftung erhält der 1971 in Köln geborene Selim Özdoğan. Beide Preise sollen am 24. Februar von der Bayerischen Akademie der Schönen Künste in München verliehen werden.

Emine Özdamars neuestes Werk, der deutsch-türkische Entwicklungsroman »Die Brücke am Goldenen Horn«, beschäftigt sich mit den Klischees von Deutschen und Türken.

## Roman Herzog plädiert für Toleranz

Zum Fest des Fastenbrechens – dem Ende des Fastenmonats Ramadan – hat Bundespräsident Roman Herzog den Muslimen in Deutschland Grüße übermittelt und für Toleranz in der Gesellschaft plädiert.

Er freue sich, wenn die Muslime das Fest mit nichtmuslimischen Bürgern feiern würden, hieß es in der am 18. Januar übermittelten Grußbotschaft an muslimische Verbände.

Herzog: „Gelebte Freundschaft zwischen Menschen unterschiedlicher religiöser Auffassungen ist aktive Toleranz, wie sie für eine freiheitliche und demokratische Gesellschaft wie die unsere unverzichtbar ist. Ein Nebeneinander können und wollen wir uns nicht leisten. Wir sind alle aufgerufen, die Brücken der Verständigung stetig zu verbreitern und für das Wohl unserer Gesellschaft einzusetzen.“

Generalsekretärin Angela Merkel:

# JA zur Integration!

**Die bestmögliche Integration der über 7 Millionen in Deutschland lebenden Ausländer gehört zu den herausragenden gesellschaftspolitischen Aufgaben.**

Die Grundwerte unserer Politik, wie wir sie aus dem christlichen Verständnis vom Menschen herleiten, verpflichten uns geradezu, tatkräftig für die Integration derjenigen ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in Gesellschaft, Staat, Arbeitsleben und Kultur einzutreten, die seit langem bei uns leben und die auf Dauer Deutschland als ihre Heimat betrachten wollen. Diese Aufgabe erfordert Zeit, Geduld und Toleranz, ihre Bewältigung ist Voraussetzung für ein möglichst spannungsfreies Zusammenleben der Menschen in Deutschland im 21. Jahrhundert.

Durch rein bürokratische Akte wie die generelle doppelte Staatsbürgerschaft ist für die Integration nichts gewonnen.

Die CDU stellt deshalb an sich selbst den Anspruch, tatkräftig für ausländische Mitbürger einzutreten. „Integration“ ist ja nicht dann schon zu Ende gedacht, wenn ein politisches Programm beschlossen oder eine staatliche Maßnahme eingeleitet worden ist. Daß Menschen, die bei uns Heimat suchen, auch tatsächlich Heimat finden, ist ohnehin mit den Instrumenten der Politik nur bedingt zu bewerkstelligen.

Es braucht Menschen, die auf andere Menschen zugehen, die sie annehmen und das Gefühl vermitteln, zu Hause zu sein. Die CDU in ihren 12.000 Ortsgliederungen versteht sich auch als Forum der Integration für alle Ausländer, die in Deutschland ihre Heimat sehen.

Die CDU-Orts-, Stadtbezirks- und Kreisverbände haben vor Ort zahlreiche Möglichkeiten, auf ausländische Mitbürger zu-

zugehen, sie in das Leben der deutschen Gesellschaft aufzunehmen und ihnen zu helfen, sich in die Gemeinschaft der Bürger einzugliedern. Ich weiß, daß etliche Gliederungen der CDU in dieser Hinsicht seit Jahren vorbildliche Arbeit leisten.

Diese Arbeit sollten wir jetzt verstärkt angehen. Es gibt viele Möglichkeiten, das Verständnis zwischen Deutschen und Aus-

## Zur Mitte hin integrieren

*Frage: Mit der Unterschriftenaktion steht die neue Opposition plötzlich im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Könnten Sie sich vorstellen, dieses Instrument durchaus häufiger einzusetzen?*

**Wolfgang Schäuble:** Ich hoffe, daß die Regierung daraus lernen wird, nie mehr so schlimme und unser Volk spaltende Vorhaben auf den Weg zu bringen. Wir sollten auch nicht der Bevölkerung das falsche Gefühl vermitteln, was sie denken, was sie empfinden, was sie versäumen, das interessiere uns gar nicht. Wir sollten nicht jeder Angst nachgeben, deswegen muß zur Mitte hin integriert werden. Und da gibt es wenige Themen, die von vergleichbarer Dramatik sind.  
**F.A.Z.-Sonntagszeitung**

ländern weiter zu verbessern und ausländischen Mitbürgern die Integration in die deutsche Gesellschaft zu erleichtern. Der Leitfaden, der **auf Seite 31** vorgestellt wird, will dazu Anregungen bieten.

Ich lade Sie herzlich ein, ein Beispiel der Lebendigkeit unseres Parteilebens zu geben – für ein partnerschaftliches Miteinander von Deutschen und Ausländern. ■

# Integration statt Doppelpaß

**Zu den Vorstellungen des Bundesinnenministers zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Erwin Marschewski:**

Die Vorstellungen der rot-grünen Koalition zur erleichterten Einbürgerung von Ausländern unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit können keine Zustimmung finden. Denn sie sind integrationsschädlich:

- **Die Aufenthaltsfristen von 8 Jahren (statt bisher 15 Jahren) bzw. 5 Jahren bei Minderjährigen (statt bisher 8 Jahren) sind zu kurz.**

Anders als bei demjenigen, der unter Verzicht auf seine ursprüngliche Staatsangehörigkeit Deutscher werden will, ist jedenfalls bei einem Ausländer, der seine alte Staatsangehörigkeit behalten will und damit zum Ausdruck bringt, daß er die Bindungen zu seiner alten Heimat auch rechtlich aufrechterhalten will, nach diesen Fristen nicht gewährleistet, daß eine Eingliederung in die deutsche Gesellschaft stattgefunden hat. Bester Beleg hierfür sind die leider zu oft mehr als mangelhaften Sprachkenntnisse von Ausländern mit entsprechenden Aufenthaltszeiten.

- **Die Ausschlußgründe, bei denen eine Einbürgerung trotz entsprechender Aufenthaltszeiten nicht erfolgen soll, sind nicht ausreichend und sollen nicht konsequent durchgesetzt werden.**

□ Der Einbürgerungshinderungsgrund 'Verurteilung zu Freiheitsstrafen von mehr als 9 Monaten' ist angesichts der geringen Strafhöhe, zu der in Deutschland nach Straftaten verurteilt wird, nicht ausreichend.

Jeder nicht nur vereinzelte oder geringfügige Verstoß gegen Rechtsvorschriften oder gerichtliche oder behördliche Entscheidungen sollte zur Versagung der Einbürgerung führen. Wer sich an Gewalttätigkeiten beteiligt hat oder öffentlich zur Gewaltausübung aufgerufen hat, sollte nicht eingebürgert werden. Gleiches gilt bei Drogenmißbrauch.

□ Die Verfassungstreue des Einbürgerungsbewerbers soll nach Vorstellung des Bundesinnenministers nicht überprüft werden. Eine entsprechende Anfrage beim Verfassungsschutz erfolgt nicht. Ein für die Einbürgerung zuständiger Bediensteter kann aber gar keine Kenntnis darüber haben, ob jemand Bestrebungen unterstützt, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind.

Schließlich muß auch bei sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht die Einbürgerung versagt werden. Entsprechende Erkenntnisse kann der die Einbürgerung vornehmende Beamte erst recht nicht haben.

Außerdem wollen wir nicht ausländische Konflikte nach Deutschland verlagert sehen. Deshalb muß die Einbürgerung auch unterbleiben bei Ausländern, die Bestrebungen verfolgt oder unterstützt haben, die die Anwendung von Gewalt im Ausland zum Gegenstand hatten.

- **Der von der rot-grünen Koalition vorgesehene Erwerbshinderungsgrund, daß „eine Verständigung in deutscher Sprache nicht möglich ist“, ist unzureichend.**

Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache haben überragende integrationspolitische Bedeutung. Deshalb muß von Ausländern, die sich einbürgern lassen

wollen, erwartet werden können, daß sie sich erkennbar in die rechtlichen, sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland eingeordnet haben, insbesondere daß sie über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen. Es muß also positiv festgestellt werden, daß eine Verständigung im Alltag erfolgen kann.

## Konkrete Schritte

Nach alledem hilft die doppelte Staatsangehörigkeit nicht bei der gebotenen Eingliederung der Ausländer in die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland. Hierfür bedarf es nicht einer symbolischen Gesetzgebung, der Gewährung der deutschen Staatsangehörigkeit neben der ursprünglichen, sondern konkreter Schritte:

einer ausreichenden Zahl von Kindergartenplätzen für die Kinder von Ausländern,

- der Sprachförderung von Ausländerkindern bereits in der Grundschule,
- des islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen,
- der Ausbildungsförderung von Ausländern und nicht zuletzt
- der Förderung der Integration ausländischer Unternehmer in die Wirtschaft,
- der Sprach- und Eingliederungskurse für Ausländer, namentlich für nichtberufstätige Frauen, die sonst kaum eine Chance zur Aufnahme von Kontakten mit der deutschen Umwelt haben,
- der Beteiligung des Bundes bei der Finanzierung von Integrationsprogrammen der Länder.

Darüber hinaus ist ein Anreiz für die Eingliederung der Ausländer zu schaffen. Dies geschieht mittels des Unions-Konzepts der Einbürgerungszusicherung für junge Ausländer. Deshalb ist unser Konzept den rot-grünen Vorstellungen überlegen.

## Nur Scheinlösungen

### Zu der geplanten Neuregelung der 630-DM-Jobs erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Bei den Nachbesserungen der geplanten Neuregelung bei den sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnissen (Steuerpflicht für geringfügig Nebentätige, Einführung einer unteren Bemessungsgrundlage) handelt es sich offenkundig um neue Schnellschüsse, die lediglich neue Unsicherheit und Unklarheit verbreiten.

Eines wird aber immer deutlicher: Alle Vorschläge sind nur Scheinlösungen, die eine weitere Aufspaltung regulärer

Jobs in sozialversicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse nicht verhindern. Die noch im Wahlkampf von der SPD vollmundig verkündete Mißbrauchsbekämpfung findet praktisch nicht statt.

Im Gegenteil: Trotz der Versprechungen der Bundesregierung, die Freigrenze auf bundeseinheitlich 620 DM einzufrieren, ist sie im Januar auf 630 DM angehoben worden. Die Anreize zur Aufnahme einer solchen Beschäftigung werden damit eher erhöht statt eingedämmt.

Das eigentliche Strukturproblem, die sprunghaft steigende Abgabenbelastung jenseits der 630-DM-Grenze, wird nicht angegangen.

# Integration und Staatsangehörigkeit

## – 7 Fragen und 7 Antworten –

### 1. Warum Integration?

In der Bundesrepublik Deutschland leben gut 7,3 Millionen Ausländer. Neben Gästen auf Zeit, die als Flüchtlinge in Deutschland Aufnahme gefunden haben, gibt es etwa dreieinhalb Millionen Ausländer, die zehn Jahre und länger in der Bundesrepublik leben. Für sie ist Deutschland zum Lebensmittelpunkt geworden, längst sind sie Teil dieser Gesellschaft. Ihre Kinder sind in Deutschland geboren und aufgewachsen. Ausländer leisten als Arbeitnehmer, aber zunehmend auch als Selbständige und Freiberufliche einen wichtigen Beitrag.

Ziel der Ausländerpolitik der CDU ist es, die bei uns dauerhaft und rechtmäßig lebenden Ausländer zu integrieren. Integration erfordert einerseits das Bemühen, in Deutschland heimisch zu werden, und andererseits Toleranz für andere Lebensarten. Integration stellt damit Anforderungen an beide Seiten. Integration ist weder einseitige Anpassung, noch unverbundenes Nebeneinander auf Dauer. Unser Ziel ist eine Kultur des Miteinanders und der Toleranz.

### 2. Welche Bedeutung hat das Staatsangehörigkeitsrecht?

Das Staatsangehörigkeitsrecht bestimmt die Gründe für Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit. Die deutsche Staatsangehörigkeit wird durch Geburt erworben, wenn Mutter oder Vater Deutsche sind (sog. Abstammungsprinzip).

Sie wird ferner durch Einbürgerung erworben. Die Einbürgerung bringt zum Ausdruck, daß ein Ausländer die rechtlichen, sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland angenommen hat.

### 3. Wie können Ausländer eingebürgert werden?

Häufig wird behauptet, daß das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht völlig uralter sei und Einbürgerungen unnötig erschwere. Das ist jedoch nicht richtig: Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz ist 1991 und 1993 bereits weitgehend zugunsten einer erleichterten Einbürgerung abgeändert worden.

Nach dem neuen Ausländerrecht besitzen junge Ausländer, die ihre Einbürgerung zwischen dem 16. und dem 23. Lebensjahr beantragt und sich seit 8 Jahren regelmäßig in Deutschland aufgehalten sowie 6 Jahre eine deutsche Schule besucht haben, einen Einbürgerungsanspruch.

Einen Anspruch auf Einbürgerung besitzen auch Ausländer, die seit 15 Jahren rechtmäßig in Deutschland leben und für sich und ihre Familie selbst aufkommen können.

Voraussetzung der Einbürgerung ist, daß der Ausländer seine frühere Staatsangehörigkeit aufgibt. Die frühere Staatsangehörigkeit darf ausnahmsweise nur dann beibehalten werden, wenn ihre Aufgabe nicht zumutbar oder nicht durchführbar ist.

#### **4. Welche Nachteile hat die von der Schröder-Regierung geplante regelmäßige doppelte Staatsangehörigkeit?**

Nach den Plänen von SPD und Grünen soll die deutsche Staatsangehörigkeit künftig unter genereller Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit vergeben werden. Das bedeutet, daß Ausländer bei ihrer Einbürgerung auf ihre frühere Staatsangehörigkeit nicht verzichten müssen.

Die starke Zunahme der Einbürgerungen seit 1991 beweist, daß Ausländer das bestehende Recht akzeptieren. Ausländer, die diesen Schritt dennoch nicht gehen, wollen damit bewußt ihre Loyalität gegenüber ihrem Heimatland zum Ausdruck bringen.

Die regelmäßige doppelte Staatsangehörigkeit fördert nicht die Integration, sondern erschwert sie. Sie befreit von der Verpflichtung, sich mit einem Land, seiner Geschichte und seiner Zukunft zu identifizieren.

Gegen die regelmäßige doppelte Staatsangehörigkeit sprechen auch rechtliche Gründe: Sie kann zu Konflikten, z. B. im Bereich der Wehrpflicht oder des diplomatischen Schutzes führen. Bei mehrfacher Staatsangehörigkeit werden auch gerichtliche Entscheidungen im Bereich des Familienrechts, beispielsweise zum Unterhalt oder zum Sorgerecht für Kinder, häufig erschwert.

Schließlich ist damit zu rechnen, daß die regelmäßige doppelte Staatsangehörigkeit die Zuwanderung verstärken wird. Doppelstaater können ihre ausländischen Angehörigen nach Deutschland nachkommen lassen. Sie brauchen dabei nicht nachzuweisen, daß sie den Lebensunterhalt sicherstellen und für ausreichend Wohnraum sorgen können.

#### **5. Wie will die CDU die Integration fördern?**

Die Pläne der Schröder-Regierung beziehen sich ausschließlich auf eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts. Die CDU hat dagegen ein Konzept vorgelegt, das neben einer Reform des Staatsangehörigkeitsrechts auch ein Integrationskonzept umfaßt.

Die CDU setzt sich dafür ein, die bisherigen Ermessenseinbürgerungen in Anspruchsseinbürgerungen zu verwandeln. Der Einbürgerungsanspruch soll nach einer Wartefrist von 10 Jahren eingeräumt werden. Die CDU will zugleich sicherstellen, daß Personen, die sich schwer strafbar gemacht haben, nicht eingebürgert werden. Die CDU spricht sich ferner dafür aus, daß nur solche Personen eingebürgert werden, die ihren Lebensunterhalt in Deutschland mit eigenen Mitteln bestreiten können.

Das Integrationskonzept der CDU enthält aber vor allem ein ganzes Maßnahmenbündel zur Integration, das alle wichtigen Lebensbereiche berücksichtigt. Dazu zählen Sprach- und Ausbildungsförderung, Maßnahmen gegen die Ausländerarbeitslosigkeit, Eingliederung ausländischer Unternehmen in die deutsche Wirtschaftsstruktur sowie Stärkung eines gemeinsamen Wertefundaments.

#### **6. Wie ist die Rechtslage in anderen Ländern?**

Das Abstammungsprinzip ist mehrheitlich europäischer Standard: 36 von 43 europäischen Staaten kennen nur das Abstammungsprinzip. Die Rechtsordnungen der übrigen Länder sehen zu meist eine Mischung aus Abstammungsprinzip und Territorialprinzip vor. Die Staatsangehörigkeit wird durch Abstammung oder durch Geburt im Staatsge-

## Nein, es wäre Wahnsinn

*Die Staatsbürgerschaft verschafft nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Deutsche Staatsbürger haben Anspruch darauf, ihr Gemeinwesen mitzugestalten, in öffentlichen Angelegenheiten mitzubestimmen und von der Gemeinschaft geschützt zu werden, wenn sie solidarische Hilfe benötigen. Sie haben die Pflicht, nach ihren Kräften das Ihre zum Wohlergehen der Gemeinschaft beizutragen. Wie soll jemand diese Rechte und Pflichten für mehrere Staaten gleichzeitig empfinden und ausüben können? Deshalb darf es in der Regel und auf Dauer keine doppelte Staatsbürgerschaft geben.*

*Was mit Kurden, die künftig deutsche Staatsbürger werden und gleichzeitig für ein unabhängiges Kurdistan kämpfen, vielleicht sogar gegen deutsche Türken in Deutschland? Was ist von Albanern mit deutschem Paß zu halten, die Serben attackieren? Solche*

*Nationalisten sind gegenwärtig Ausländer. Wenn wir ihnen einen deutschen Paß geben, werden sie Inländer. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist unwiderruflich. Nein, es wäre Wahnsinn, wenn wir uns die ethnischen, religiösen und sozialen Spannungen anderer Völker an den Hals holten. Die Staatsbürgerschaft darf nicht am Anfang der Integration stehen, sondern darf erst vergeben werden, wenn Ausländer integriert sind.*

### ... hat leicht reden

*Die Bundesregierung hat leicht reden. Sie erläßt das Gesetz, aber die Folgen müssen Länder, Gemeinden und alle Bürger ausbaden. Die Landesregierungen, die im Bundesrat zustimmen müssen, sollten sich die Sache noch einmal sorgfältig durch den Kopf gehen lassen.*

**Hannoversche Allgemeine,  
17. Januar**

biet bzw. Einbürgerung nach einer entsprechenden Aufenthaltsdauer erworben. Viele Länder, wie z. B. Finnland, Luxemburg, Österreich, Schweden und Spanien verlangen die Aufgabe einer bisher bestehenden Staatsangehörigkeit.

In allen Ländern wird die Einbürgerung davon abhängig gemacht, daß die Bewerber ihre Loyalität zum neuen Staat deutlich zum Ausdruck bringen. Oft werden gute Sprachkenntnisse, langjähriger Aufenthalt im Gastland, ein straffreier Lebenswandel, Fehlen von Unterhaltsschulden u.a. vorausgesetzt. Teilweise werden sogar zusätzliche hervorragende Dienste für den jeweiligen Staat verlangt. Obwohl die Vorschriften im einzel-

nen voneinander abweichen, ist ausländischen Rechtsordnungen gemeinsam, daß sie klare Integrationsvorleistungen der Antragsteller vorschreiben.

## 7. Werden Aussiedler bevorzugt?

Häufig wird behauptet, daß Aussiedler ohne weiteres ihre frühere Staatsangehörigkeit bei ihrer Einbürgerung behalten können und deshalb bevorzugt sind. Aussiedler sind jedoch Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, so daß für sie die Regeln des Ausländerrechts nicht gelten. ■

Generalsekretärin Angela Merkel:

## Wollen wir zum Schluß Strom importieren?

**Frage:** Was bedeutet das Ende der Wiederaufarbeitung für die Energiewirtschaft?

**Angela Merkel:** Also, in irgendeiner Weise muß einfach die Entsorgung erfolgen. Sie kann durch Wiederaufarbeitung erfolgen oder eben durch die direkte Endlagerung, das heißt in Gorleben oder Ahaus nach den bestehenden Zwischenlagern. Und da muß man sich entscheiden. Man muß nicht die Wiederaufarbeitung hochhalten. Das hat die Bundesregierung niemals bestimmt. Es war vor Jahren die SPD-Meinung, daß Wiederaufarbeitung besser ist als direkte Endlagerung.

Inzwischen haben sich hier die Dinge verschoben. Also, das ist ein Detail. Aber insgesamt muß man sagen, daß die gesamte Debatte für mich viel zu kurz greift, denn wir müssen uns doch fragen: Wie sieht die Energieversorgung in Deutschland insgesamt aus? Wollen wir zum Schluß Strom importieren oder wollen wir weiter Stromerzeugerland sein? Ich wäre dafür, daß wir bei guter Technologie weiter Strom erzeugen. Was wird mit den unsicheren Kern-

kraftwerken in Mittel- und Osteuropa? Wie kann die Bundesregierung dafür sorgen, daß die Sicherheit der Bevölkerung dadurch erhalten wird, daß wir nicht aus der Technologie aussteigen und unser ganzes Know-how zurücklassen?

Das sind die Fragen, die ich viel spannender finde als die Detailfrage: Bleiben wir, oder wann steigen wir aus der Wiederaufarbeitung?

**Frage:** Zwischenlager sollen jetzt standortnah überall entstehen ...

**Angela Merkel:** Es ist sicherlich nicht sinnvoll, einerseits darauf zu dringen, daß die Kernkraftwerke abgeschaltet werden, und andererseits dort noch große Zwischenlager zu bauen, wo wir leere Zwischenlager haben. Und mit Sicherheit wird das nicht in sechs Monaten stattfinden können. Und deshalb muß endlich mal eine Antwort darauf gegeben werden – nicht, wo wir überall aussteigen, sondern wie wir geordnet die Dinge voranbringen. Und dazu gehören viel mehr Aspekte als die, die zur Zeit mit großem Pomp diskutiert werden.

**Sturmschaden:** Der Plan der Bundesregierung, als ersten Schritt hin zu einem Atomausstieg die Wiederaufarbeitung deutscher Kernbrennstäbe im Ausland zu stoppen, steckt fest. Frankreich, wo die Wiederaufarbeitungsanlage der staatlichen Cogema steht, fühlt sich verschaukelt und will Schadenersatz für entgangenen Gewinn. Die deutschen Energieversorger, die diesen Schadenersatz zahlen müßten, drohen ihrerseits der Bundesregierung. SPD-regierte Bundesländer, die die abgebrannten Brennstäbe in ihre Zwischenlager aufzunehmen haben und nicht wollen, reagieren unwillig. Und zu allem Überfluß macht die Anti-Atom-Lobby mobil. Sie will die Transporte blockieren. Für Schröder und Trittin kann es kaum dicker kommen.

Sächsische Zeitung, 19. Januar

# Kernenergieausstieg schadet der deutschen Wirtschaft

**Für ihre Konsensgespräche haben Rot-Grün und Energiewirtschaft ihre eigenen, eng umgrenzten Ziele. Die einen wollen ein Wahlkampfversprechen möglichst schnell umsetzen, die anderen wollen ihr finanzielles Engagement möglichst weitgehend schonen.**

Es steht zu befürchten, daß sich die Politik und die Energieversorger auf einen faulen Kompromiß zu Lasten der gewerblichen und privaten Stromkunden einigen. Kaum Beachtung finden bisher die gravierenden volkswirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen des Ausstiegs aus der Kernenergie.

● Der Ausstieg aus der Kernenergie im nationalen Alleingang treibt Deutschland in die technologische Isolation. Keine andere führende Industrienation plant den Ausstieg aus der Kernenergie, in vielen Staaten befinden sich Kernkraftwerke im Bau.

Der nationale Alleingang ist europapolitisch – nicht nur im Verhältnis zu Frankreich und Großbritannien – schädlich. Die Verlässlichkeit Deutschlands und deutscher Unternehmen bei der Erforschung und Produktion von Spitzentechnologie gerät in Gefahr.

● Der – auch schrittweise – Wegfall des kostengünstigen deutschen Kernenergiestroms treibt die Strompreise nach oben mit negativen Folgen für den Standort Deutschland und die Arbeitsplätze. Stromintensive Branchen könnten aus Deutschland ins benachbarte Ausland abwandern. Fachleute rechnen mit einem möglichen Verlust von bis zu 150.000 Arbeitsplätzen in energieintensiven Branchen.

● Die Importabhängigkeit Deutschlands bei der Energieversorgung wird größer.

Mit der Nutzung der Kernenergie wurde die Importabhängigkeit Deutschlands bei der Stromerzeugung von 25% in 1973 auf 10% in 1995 verringert. Die Kernenergie liefert rund 50% des gerade für die Industrieproduktion benötigten Grundlaststroms. Aufgrund des europäischen Binnenmarktes für Strom dürfte bei Wegfall der kostengünstigen Erzeugung des Stroms in Kernkraftwerken der verstärkte Import – insbesondere aus ausländischen Kraftwerken, die an unseren Grenzen oder in Osteuropa stehen – die entstehende Lücke füllen.

## Von Gunnar Uldall, wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

● Die deutsche Technologiekompetenz in der Kernenergie fiele weg. Das bedeutet den Verlust von vielen tausend hochqualifizierten zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Deutschland verlöre sein Mitspracherecht in internationalen Gremien und könnte keinen Beitrag mehr zur Verbesserung der kerntechnischen Sicherheit, insbesondere in Osteuropa, leisten.

● Der Ausstieg aus der CO<sub>2</sub>-freien Kernenergie führt zu einer deutlichen Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Belastung in Deutschland. Wir könnten die innerhalb der EU und international vereinbarten Klimaschutzziele nicht einhalten und verlören international an Glaubwürdigkeit in der Umweltpolitik.

Rot-Grün hat inzwischen erkannt, daß das vollmundige Wahlkampfversprechen eines

## Beitrag zur geistigen Neuorientierung unserer Gesellschaft

**Zum geplanten ersten ökumenischen Kirchentag der beiden großen christlichen Kirchen Deutschlands im Jahre 2003 erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik:**

In einem Land, in dem 66 Prozent aller Menschen einer der beiden christlichen Kirchen angehören, sollten gemeinsame Kirchentage Alltag werden. Kirchentage thematisieren vor allem auch gesellschaftspolitische Fragestellungen aus christlich-ethischer Sicht. In einer pluralistischen Gesellschaft kommt der nach wie vor unverzichtbare Beitrag der Kirchen stärker zur Geltung, wenn er gemeinsam verfochten wird. Kirche und Staat sind natürliche Verbündete, wenn es darum geht, die Bedürfnisse der Gemeinschaft in den Mittelpunkt zu stellen, dabei den Ein-

zelen aber nicht zu vergessen. Das oftmalige Fehlen gemeinsamer Überzeugungen und Orientierungen zählt gerade zu den Schattenseiten der modernen Wohlfahrtsgesellschaft. Auch die aktuellen Diskussionen zum Lebensschutz bezeugen dies erneut.

### Sinnstiftende Wirkung

Ich begrüße es deshalb, daß der Deutsche Evangelische Kirchentag und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken erstmalig 2003 einen gemeinsamen ökumenischen Kirchentag in Berlin beschlossen haben. Ich verspreche mir von ihm eine sinnstiftende Wirkung nicht nur innerkirchlich, sondern auch in Bezug auf eine geistige Neuorientierung unserer Gesellschaft. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird zum Gelingen des Kirchentages ihren Beitrag leisten.

schnellen Ausstiegs sich nicht so rasch verwirklichen läßt. Deswegen wird über Restlaufzeiten von 20 - 40 Jahren verhandelt. Das bedeutet:

Die bestehenden Kernkraftwerke laufen bis zum Ende ihrer wirtschaftlichen Lebensdauer, dann würden sie sowieso – auch ohne Konsensvereinbarung – stillgelegt. Deswegen braucht heute überhaupt gar keine Stilllegung beschlossen werden. Verhandlungsbedarf bestünde nur bei Neubau von Kernkraftwerken (aber das ist von keinem geplant).

Durch eine Konsensvereinbarung verliert Deutschland Handlungsmöglichkeiten. Was passiert, wenn die CO<sub>2</sub>-Minderungsziele nicht erreicht werden und die Angst

vor einer Klimakatastrophe in 10 Jahren bestimmend für die Politik wird?

Eine Vereinbarung über einen Ausstieg in 20 - 40 Jahren ist deswegen heute nicht notwendig. Ein Konsens wird faktisch nichts verändern, aber Deutschland langfristige Handlungsmöglichkeiten nehmen.

Es ist noch nicht zu spät, sich zu besinnen und die starre Festlegung auf einen Ausstieg ohne Rücksicht auf die weitere technologische Entwicklung aufzugeben. Ohne ein schlüssiges energiepolitisches Gesamtkonzept und Beachtung der volkswirtschaftlichen Breitenwirkung werden die von der Regierung verabredeten sogenannten Konsensgespräche scheitern müssen, ehe sie richtig begonnen haben. ■

## Haushaltsabschluß 1998

# Gute Schlußbilanz der früheren Koalition

### Zum Abschluß des Bundeshaushalts 1998 erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Der erfreuliche Haushaltsabschluß 1998 ist einzig und allein auf die von der früheren Bundesregierung verfolgte solide Haushaltspolitik zurückzuführen. Von Haushaltslöchern als „Erblast“ kann nun auch bei Lafontaine keine Rede mehr sein. Die Fakten, an denen er sich messen lassen muß, sind:

- Die deutsche Volkswirtschaft ist 1998 mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um fast 3 vH kräftig gewachsen, der Exportüberschuß erreicht neue Rekordmarken, die Staatsquote sinkt und die Steuereinnahmen des Bundes lagen mit 341,5 Mrd. DM 1998 um 2,1 Mrd. DM höher als im Soll veranschlagt. (In diesem Jahr gibt es in beiden Bereichen inzwischen eine schlechtere Perspektive)

- Im Dezember 1998 lag die Zahl der Arbeitslosen um mehr als 320.000 unter dem Vorjahreswert. Erstmals seit der Wiedervereinigung sind die Beschäftigtenzahlen wieder gestiegen. Diese Positiventwicklung hat dazu geführt, daß 1998 insgesamt 4,6 Mrd. DM weniger für die Arbeitslosigkeit ausgegeben werden mußten (Minder Ausgaben von 6,4 Mrd. DM beim Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit und Mehrausgaben von 1,9 Mrd. DM bei der Arbeitslosenhilfe).

- Die Defizitquote im Bundeshaushalt ist mit 1,5 vH deutlich niedriger als 1993.

- Der Anteil der Bundesausgaben (456,9 Mrd. DM) am Bruttoinlandsprodukt liegt mit 12,1 vH auf einem seit Jahrzehnten nicht erreichten Tiefstand.

- Das Haushaltsvolumen liegt niedriger als in den vergangenen fünf Jahren und unter 1993.

## Anlaß zur Sorge für die neuen Länder

**Die nunmehr bekannt gewordenen Einzelheiten aus dem Etatentwurf 1999 zeigen, daß die SPD schon nach wenigen Wochen Regierungsverantwortung keine Hemmungen mehr hat, ihre vollmundigen Versprechungen wieder einzukassieren.**

Gleichzeitig wird die Bedeutung des „Infrastrukturministers“ Müntefering deutlich reduziert. Von seinen gerade erst verkündeten Wohngelderhöhungsbeiträgen bleibt kaum etwas übrig.

Diese zögerliche Wohngeldpolitik gibt für die neuen Länder besonderen Anlaß zur Sorge. Die Übergangsregelungen für das Wohngeld in den neuen Ländern laufen Ende 2000 aus.

**Michael Luther**, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Bis dahin muß sichergestellt sein, daß das Wohngeld in ganz Deutschland zumindest auf die derzeitigen Beträge in den neuen Ländern aufgestockt wird.“

## Lafontaines erster Haushaltsentwurf

# Eine ziemliche Blamage

**Zu den bekanntgewordenen Haushaltsdaten 1999 erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:**

Sollten die jüngsten Teilmeldungen über den ersten Haushaltsentwurf von Finanzminister Lafontaine zutreffen, stellt dieser – gemessen am Entwurf seines Vorgängers – eine ziemliche Blamage dar: Der „Sparkommissar“ weitet das Haushaltsvolumen um 6,8 vH statt 0,4 Prozent, also das Siebzehnfache, aus. Dies widerspricht den Vereinbarungen im Finanzplanungsrat und der eigenen Vorgabe des Stabilitätsprogrammes für die EU. Während der Waigel-Entwurf der niedrigste der letzten sieben Jahre werden sollte, präsentiert Lafontaine den höchsten Ausgabenzuwachs seit Jahren und das größte Ausgabevolumen aller Zeiten.

### Jetzt zeigt sich, wie teuer die Geschenke werden

Die Steuereinnahmen werden trotz eines sogenannten „Steuerentlastungsprogrammes“ und über die „Ökosteuern“, eine Energiezusatzsteuer, hochgezwickelt. Dabei sind beide Steuer-Konzepte noch völlig unklar, die Einnahmen, und damit die Gegenfinanzierung im Haushalt, völlig ungesichert. Jetzt zeigt sich, wie teuer die vor Weihnachten abgegebenen Geschenke für Bürger und Unternehmen werden (dabei sind die Kosten der Länder für Kindergeld, Steuerentlastung und 630-DM-Jobs noch nicht einmal enthalten) und wer sie zu bezahlen hat.

Die Steuerlastquote steigt. Die Staatsquote steigt.

Die Investitionsquote sinkt deutlich. Woher sollen denn die Beschäftigungsfördernden Impulse kommen? Ein wesentlicher Teil der Investitionsausgaben stammt im übrigen von einer rein „buchmäßigen“ Anhebung des Gewährleistungsrisikos. Die Forschungsausgaben steigen statt der versprochenen Milliarde nur um weniger als die Hälfte. Der Forschungsetat für sich genommen sinkt. Mehrausgaben bei Projektförderung, Hochschulbau und Bafög werden wegen der späten Vorlage des Haushalts nicht zu realisieren sein.

### Satte Polster aus 1998

Der Haushalt profitiert von den satten Polstern aus 1998 nicht realisierten Privatisierungen bei den Einnahmen bei Postbank, Telekom, Airbus-Erstattungen und dem Buchungstrick, mit dem ein Teil der Sonderhaushalte mit ihren Überschüssen in den Bundeshaushalt integriert wird.

Der Bundeszuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit ist zu hoch. Die Arbeitsämter schwimmen im Geld. Eine Beitragssenkung wäre wirtschaftspolitisch vernünftiger. Der Bundeszuschuß an die Rentenversicherung zur Beitragsabsenkung ist bisher nicht gegenfinanziert (welches Modell der „Ökosteuern“ gilt?).

Die durch den Abschluß des letzten Waigel-Etats 1998 fortgesetzte strukturelle Verbesserung des Haushalts um etwa 10 Mrd DM wird trotz der Aufblähung des Haushalts nicht fortgesetzt. Lafontaine entspricht nicht einmal den selbst gesteckten Zielen. Das schlechte Beispiel aus dem Saarland scheint im Bund Einzug zu halten. ■

# BVG-Urteil erzwingt neues Steuerreformkonzept

Zu den am 19. Januar bekannt gewordenen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 10. November 1998 zu den Kinderbetreuungskosten, zum Haushaltsfreibetrag und zum Kinderfreibetrag erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz:

**1.** Wir begrüßen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, den in ehelicher Gemeinschaft lebenden Eltern den steuermindernden Abzug von Kinderbetreuungskosten und den Haushaltsfreibetrag zuzuerkennen. Wir begrüßen ebenfalls die nunmehr erfolgte Klarstellung des Bundesverfassungsgerichtes im Hinblick auf die Höhe des vom Gesetzgeber steuerfrei zu belassenden Unterhaltsaufwandes für das Existenzminimum von Kindern (Kinderfreibetrag). Damit steht Familien mit Kindern ab sofort ein wesentlich höherer Anteil des Einkommens steuerfrei zur Verfügung.

**2.** Wir empfehlen allen Familien, für das laufende Steuerjahr 1999 und für zurückliegende Veranlagungsjahre, in denen die Einkommensteuerbescheide noch nicht bestandskräftig sind, Kinderbetreuungskosten, Haushaltsfreibetrag und den erhöhten Kinderfreibetrag geltend zu machen.

**3.** Bund, Länder und Gemeinden stehen damit vor zusätzlichen Steuerausfällen in Höhe von zweistelligen Milliardenbeträgen. Wir fordern die Bundesregierung des-

halb auf, ein den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes entsprechendes steuerpolitisches Konzept vorzulegen, das rückwirkend zum 1.1.1999 in Kraft tritt und die Ansprüche der Familien ausreichend berücksichtigt. Die bisherigen Vorstellungen der rot-grünen Bundesregierung zu einem »Steuerreformkonzept« für die Jahre 1999/2000/2002 sind damit hinfällig geworden. Der Zeitplan für die Verabschiedung der gegenwärtig im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages beratenen Steuergesetze (Steuerreform und Ökosteuer) läßt sich damit nicht einhalten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf der Grundlage der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes eine überarbeitete Finanzplanung für die Jahre ab 1999 vorzulegen und ein völlig neues Steuerreformkonzept darauf aufzubauen.

**4.** Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird darauf achten, daß die zusätzlichen Ausgaben, die sich für alle Gebietskörperschaften aus diesen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes ergeben, nicht zu Lasten der ohnehin zu hohen Steuerbelastung, die auf Arbeitsplätzen und Betrieben in Deutschland ruht, finanziert werden. Bund, Länder und Gemeinden stehen vor einer neuen Herausforderung der Konsolidierung und der strikten Sparsamkeit in allen Haushalten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich im Interesse der Familien in Deutschland an der notwendig gewordenen Neuorientierung unserer Steuerpolitik aktiv beteiligen.

**Friedrich Merz: Strikte Sparsamkeit in allen Haushalten!**

# Die Pflegeversicherung muß zukunftsicher gemacht werden

**Zu der von der Bayerischen Staatsregierung angekündigten Bundesratsinitiative zur Pflegeversicherung, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:**

Es ist sinnvoll, einen Teil der aufgelaufenen Überschüsse der Pflegeversicherung, die sich derzeit auf etwa 12 bis 13 Mrd. DM belaufen, im Sinne eines Generationenvertrages zur Anlegung eines Kapitalstocks heranzuziehen. Damit können die Folgen der demographischen Entwicklung gemildert und kann ein zu starkes Ansteigen des Beitragssatzes auch in der Zukunft verhindert werden.

## Rentabel angelegt

Dies wird der jetzigen jungen Generation zugute kommen. Es muß dabei aber sichergestellt werden, daß der Kapitalstock nicht nur rentabel angelegt wird, sondern insbesondere auch der Zugriff für andere Zwecke als der Beitragstabilisierung ausgeschlossen ist.

Auch den beabsichtigten einzelnen Leistungsverbesserungen der Pflegeversicherung ist zuzustimmen, zumal die dafür erforderlichen Mehrkosten unter 1 Mrd. DM liegen dürften. Allerdings muß darauf geachtet werden, daß keine zusätzlichen Ausweitungen bei den Leistungen vorgenommen werden, die diesen Finanzrahmen überschreiten würden.

Ich fordere die Bundesregierung auf, dieses konstruktive Angebot zur notwendigen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung aufzugreifen. Es ist an der Zeit, die Situation der Pflegeversicherung gemeinsam zu analysieren und Fehlentwicklungen und Mängel zu beseitigen. Die Pflegeversicherung leidet derzeit an einer Überreglementierung. Pflegepersonal und Ärzte müssen einen nicht mehr erträglichen bürokratischen Aufwand betreiben. Das kostet nicht nur Geld, sondern verringert die Motivation der Pflegekräfte und den Betreuungsumfang für die Pflegebedürftigen. Dieser Tendenz müssen wir entgegenwirken. Hierzu sollten schnellstmöglich konkrete Verbesserungsvorschläge gefunden werden.

## Klare Absage

Vorschlägen von Seiten des SPD-Vorsitzenden, nach denen die Pflegeversicherung künftig aus Steuermitteln zu finanzieren sei und die Leistungen nur den finanziell „Bedürftigen“ gewährt werden sollen, muß jedoch eine klare Absage erteilt werden. Denn diese führen auf eine Abschaffung der Pflegeversicherung hinaus. Die solidarische Grundabsicherung des Pflegerisikos durch die Pflegeversicherung bleibt unverzichtbar. Wenn wir uns hierauf verständigen können, sind die Aussichten für einen Konsens in den anstehenden Beratungen zur Pflegeversicherung gut.

**Unsere  
Elektronischen  
Adressen:**

● INTERNET  
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE  
\*CDU#

● X 400  
c = de; a = dbp;  
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: [post@cdu.de](mailto:post@cdu.de)

## Kriegsdienstverweigerer

# Scharping spielt die Rekordzahl herunter

**Zur Reaktion des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, auf eine bislang unerreichte Höchstzahl an Wehrdienstverweigerern erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Paul Breuer:**

Eine Rekordzahl von über 171.000 jungen Männern verweigert den Wehrdienst. Die KDV-Quote erhöht sich damit auf über 34% – ein bisher nicht erreichtes Rekordhoch! Dies muß jetzt Bundesverteidigungsminister Scharping eingestehen. Allerdings spielt er die Gründe für die traurige Rekordzahl und die daraus folgende schwierige Nachwuchslage bei der Bundeswehr bewußt herunter. Dies geschieht in der durchschaubaren Absicht, die Verantwortung der neuen rot-grünen Regierung für diese besorgniserregende Fehlentwicklung zu verschleiern. Bei Scharping und der SPD vermißt man jede Entschlossenheit, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen.

Die Gründe für die gestiegenen Kriegsdienstverweigererzahlen liegen nämlich auf der Hand. Der von der ehemaligen Opposition von SPD und Bündnis90/Die Grünen ohne Not geforderte Untersuchungsausschuß zum angeblichen Rechtsradikalismus in der Bundeswehr hat viele junge Menschen vom Dienst in den Streitkräften abgeschreckt. Wer läßt sich schon gerne mit Rechtsradikalen in einen Topf werfen? Der Wahlkampf der Grünen, die u.a. mit dem Plakat 'Wähle Grün, und Du mußt nicht zur Bundeswehr!' populistisch um Stimmen warben, hat seine Folgen gehabt. Die Aussicht auf eine rot-grüne Re-

gierung, von denen der kleinere Koalitionspartner offen mit der Abschaffung der Wehrpflicht und der Bundeswehr hausieren geht, hat die jungen Menschen ebenso stark verunsichert wie die von SPD und Grünen begonnene Diskussion über eine gleiche Länge von Wehr- und Zivildienst – d.h. eine Verkürzung des zivilen Ersatzdienstes von 13 auf 10 Monate. In diesem Umfeld der Spekulation über mögliche Veränderungen halten es viele junge Männer für angebracht, dem Wehrdienst aus dem Wege zu gehen.

Die Verunsicherung unter den jungen Männern wird zusätzlich genährt durch die Debatte um die Einrichtung einer 'Wehrstrukturkommission'. Wer das System Streitkräfte – angefangen von Auftrag, Ausrüstung und Personalumfang bis hin zur zukünftigen Wehrform – generell in Frage stellt, darf sich nicht wundern, wenn ihm die jungen Menschen davonlaufen. Wer um Jugendliche werben will, muß ihnen Orientierung geben, anstatt sie ihnen zu nehmen! Dies gilt umso mehr, als man ihnen diese Pflicht in einer Zeit der beruflichen Orientierung abverlangt.

Die CDU/CSU hat wiederholt darauf hingewiesen, daß sie die Einrichtung einer 'Wehrstrukturkommission' für überflüssig und nicht notwendig hält. Alle notwendigen Struktur- und Planungsdokumente wurden bereits von der letzten Bundesregierung erarbeitet und liegen längst vor. Wenn die SPD dennoch auf dieser Kommission besteht, dann fordere ich, daß sie ihre Arbeit unverzüglich aufnimmt und noch im Jahre 1999 abschließt. Wer die Öff-

## Eine Amnestie verhöhnt die Opfer

**Zur jetzt auch aus der SPD von Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe erhobenen Forderung nach einem umfassenden Straferlaß von DDR-Unrecht zum 9. Oktober 1999 erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:**

Amnestie setzt einen breiten gesellschaftlichen Konsens voraus, an dem es derzeit fehlt. Eine Amnestie zum jetzigen Zeitpunkt würde von den Opfern als eine Verhöhnung ihres Schicksals und von den Tätern als Signal zur Verdrängung und Glorifizierung der SED-Vergangenheit verstanden werden.

Wie die Benennung moralischer Schuld so steht auch die Verfolgung strafrechtlicher Schuld im Dienste der Wahrheit. Immer noch erklären Täter, rechtmäßig gehandelt zu haben. Käme die Amnestie, so würden sie die Straffreiheit nicht als Gnadenakt empfinden, sondern als Bestätigung ihrer falschen Auffassung, das SED-Regime sei gar nicht so schlimm gewesen, eine Herrschaftsordnung wie andere auch.

Wenn immer wieder behauptet wird, durch die Amnestie würde sich der Westen mit dem Osten versöhnen, so bedarf dies der Klarstellung. Im zwischenmenschlichen Verhältnis setzt Versöhnung voraus, daß derjenige, der sich schuldig gemacht hat, sich seiner Schuld bewußt wird, sie bekennt und bereit und daraufhin Verzeihung erlangt. Versöhnung kann sich also nur zwischen den Tätern und den Opfern vollziehen.

Amnestie setzt auch das Wissen um die zu amnestierende Tat voraus. Bis heute sind die Akten der Gauck-Behörde noch nicht vollständig gesichtet. Der Deutsche Bundestag hat erst im Dezember vergangenen Jahres einstimmig – bei Stimmenthaltung der PDS – beschlossen, die Fristen für das Unkenntlichmachen personenbezogener Daten in den Stasi-Unterlagen bis zum 1.1.2003 hinauszuschieben. Bevor Betroffene nicht Gelegenheit hatten, sich ein vollständiges Bild von dem ihnen zugefügten Unrecht zu machen, kann auch eine Diskussion um eine Amnestie für dieses Unrecht nicht ernstlich beginnen.

fentlichkeit und die Betroffenen noch für weitere 2 bis 3 Jahre im Stadium der Ungewissenheit halten will, der riskiert, daß ihm die Bundeswehr ins Rutschen gerät. Es ist zu befürchten, daß sich die negative Entwicklung bei den Kriegsdienstverweigerzahlen ansonsten in 1999 weiter fortsetzt und vermutlich noch beschleunigt. Es darf nicht einfach hingenommen werden, daß mehr junge Männer den Wehrdienst verweigern als den Grundwehrdienst zu leisten.

Zum Erhalt und zur Stärkung der allgemeinen Wehrpflicht halte ich deshalb eine

gemeinsame Initiative von CDU/CSU, SPD und FDP für dringend notwendig. Wer die Wehrpflicht riskiert, gefährdet die Aufwuchsfähigkeit und die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr. Wer hier nicht entschlossen handelt, gefährdet darüber hinaus den Solidaritätsgedanken und die Pflichtbereitschaft in unserer Gesellschaft. Die Befürworter der Wehrpflicht sollten sich daher allen populistischen Versuchen, Pflichten für die Gemeinschaft als 'Zwangsdienste' abzuqualifizieren, entschieden entgegenstemmen. ■

## Bundesregierung steht nicht zur Landwirtschaft

**Zu den bekanntgewordenen Agrarhaushaltsdaten erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:**

Ein Haushaltsentwurf ist immer die Stunde der Wahrheit. Nach den ersten Informationen wird der Agrarhaushalt 1999 gegenüber dem ursprünglichen Waigel-Entwurf um 90 Millionen DM geringer ausfallen. Obwohl der Haushaltsentwurf insgesamt um 6,7 % ausgeweitet wird, übt die Bundesregierung ausgerechnet bei der Landwirtschaft Sparsamkeit. Nachdem diese bereits durch das sogenannte Steuerentlastungsgesetz und die geplante Einführung der Ökosteuer mit Einkommenseinbußen bis zu 15 % rechnen muß, wird sie der landwirtschaftsfeindliche Kurs der Schröder-Regierung ein weiteres Mal empfindlich treffen.

Um unsere Landwirtschaft und den ländlichen Raum zu stärken, hatten CDU/CSU bewußt in ihrem Haushaltsentwurf den Agraretat 1999 um 1,4 % aufgestockt und die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes um 91 Mio. DM erhöht. Die zusätzlichen Mittel für die einzelbetriebliche Förderung wären dringend notwendig gewesen, um den schon lange in den Startlöchern wartenden Landwirten die Möglichkeit zu eröffnen, ihren Betrieb weiter zu entwickeln und so auch dessen Existenz zu sichern. Statt die Landwirtschaft und den ländlichen Raum zu stärken, friert die Bundesregierung die Mittel nicht nur auf dem Niveau des Vorjahres ein, sondern läßt die Gelder durch die Aufnahme neuer Fördertatbestände in der Gemeinschaftsaufgabe verpuffen.

## Rot-grüne Nebelkerzen beim BAföG

**Zu der von der Regierung verabschiedeten 20. BAföG-Novelle erklärte die zuständige Berichterstatterin im Bildungs- und Forschungsausschuß, Angelika Volquartz:**

Der Gesetzentwurf sieht eine Steigerung der Bedarfssätze der Studierenden um 2% und der Elternfreibeträge um 6% ab Herbst dieses Jahres vor. Damit wird vollzogen, was von der früheren unionsgeführten Bundesregierung bereits entsprechend vorgesehen war. Dies ist eine erfreuliche

Nachricht für die Studierenden. Nach den Ankündigungen von Rot-Grün, Bildungspolitik zum Hauptthema und zur Chefsache machen zu wollen, vor allen Dingen aber die Investitionen in Forschung und Bildung in den nächsten fünf Jahren zu verdoppeln, lassen die großen Taten aber weiter auf sich warten. Es ist nicht erkennbar, wie eine zukunftsgerichtete und – wie von den Ländern geforderte – kostenneutrale Strukturreform der Ausbildungsförderung aussehen soll.

# Deutsche EU-Präsidentschaft muß Chancen für Europa nutzen

Zur Übernahme der deutschen Ratspräsidentschaft erklärten der außenpolitische Sprecher der EVP-Fraktion, **Elmar Brok**, der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Peter Hintze** und der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Karl Lamers**:

Die deutsche Ratspräsidentschaft fällt in eine Zeit grundlegender Entscheidungen für die Weiterentwicklung der europäischen Integration. Es geht um die Vorbereitung auf die Aufnahme neuer EU-Mitglieder, um eine faire Ausgestaltung des Beitragsystems, um eine Straffung der Strukturfonds, um eine Weiterentwicklung der Agrarpolitik, um die Ausgestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und um zentrale institutionelle Reformen.

Anstatt diese Herausforderungen als Chance für Europa und unser Land offensiv und in einem positiven und solidarischen Geist anzugehen, hat die rot-grüne Bundesregierung noch vor ihrer Präsidentschaft die EU-Partner und die Beitrittskandidaten verprellt und mißverständliche Signale ausgesendet. Sie hat durch das nicht eben sehr sensible Gehabe des Bundeskanzlers, durch den Versuch des Bundesfinanzministers, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank in Frage zu stellen, sowie durch seine ignorante Abwesenheit bei der Festlegung der Euro-Wechselkurse die deutsche Präsidentschaft schwer belastet. Es kommt jetzt darauf an, zu Besonnenheit und Augenmaß zurückzufinden und an die großen europapolitischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl anzuknüpfen. Die CDU/CSU-Fraktion ist bereit, die Bundesregierung in der Europapolitik zu unterstützen, wenn sie

wieder zu einer verantwortlichen Position zurückfindet.

Die Reformen zur Agenda 2000 und der Finanzierung der Europäischen Union sind unerlässlich, unabhängig von der Erweiterung; aber im Blick auf dieses strategische Ziel noch dringender. Die Bundesregierung sollte sich bei den Reformen von folgenden Positionen leiten lassen:

## ● EU-Finzen und deutscher Nettobeitrag

Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie bei den anstehenden Entscheidungen über das künftige EU-Beitragsystem das erhebliche Mißverhältnis zwischen Beiträgen und Rückflüssen für die Bundesrepublik Deutschland korrigiert. Wir sind zur Solidarität bereit. Sie darf aber nicht überstrapaziert werden, um die innere Balance in der Union nicht zu gefährden. Es darf nicht länger der Eindruck erweckt werden, das einzige europapolitische Ziel der Bundesregierung sei die Senkung des deutschen Finanzbeitrages. Ein Junktim zwischen der Finanzierungsfrage und dem Erweiterungstermin, das die Bundesregierung aufbaut, ist kontraproduktiv und sicherlich keine diplomatische Meisterleistung. Die meisten EU-Partner verspüren dadurch keinen Lösungsdruck; die Beitrittskandidaten jedoch drohen ausbaden zu müssen, was die EU nicht in der Lage war zu lösen.

Die Senkung der Staatsquote ist eine Voraussetzung für die Belebung der Wirtschaft. Auch für die EU gilt dieser Grundsatz. Wir wenden uns gegen eine Ausweitung der Ausgaben für die EU-15. Im Gegenteil: Durch konsequentes Sparen muß die Erweiterung finanzierbar gemacht werden.

Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie sich für ein effizientes Finanzgebahren der EU und für eine wirksame Unterbindung von Korruption und Subventionsbetrug einsetzt. Kommissionsbeamte, die bei der Betrugsaufdeckung mitwirken, haben Anspruch auf Schutz!

### ● Beschäftigungspolitik

Beschäftigungspolitik hat oberste Priorität, doch sind die Möglichkeiten der EU hier begrenzt. Deshalb gilt für uns: Koordinierung: Ja. Kostspielige Strohfeuerprogramme: Nein. Harmonisierung darf nur dazu dienen, den Wettbewerb fair zu gestalten und ihn nicht zu verhindern. Ansonsten würden Arbeitsplätze gefährdet. Das sind unsere Grundsätze in der Beschäftigungspolitik. Europa taugt nicht als Alibi für das Scheitern in der Beschäftigungspolitik vor Ort.

### ● Agrarreform und ländlicher Raum

Ziel der Agrarreform muß die Sicherung einer bäuerlichen Landwirtschaft, die Erhaltung der Kulturlandschaft und die Vermeidung einer Überproduktion sein. Die Agrarreform darf nicht zum Altar werden, auf dem die deutsche Landwirtschaft um des Kompromisses willen geopfert wird.

Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie den Tendenzen wehrt, die ländlichen Räume zugunsten der Ballungsräume zu benachteiligen. Wir setzen uns für ein eigenständiges Förderziel „ländlicher Raum“ ein.

### ● Strukturpolitik

Die Strukturpolitik muß in Zukunft zu einem besseren Einsatz der Ressourcen führen. Die regionalen Spielräume der Wirtschaftsförderung müssen erweitert werden, der Kohäsionsfonds darf in Zukunft für Euroteilnehmer nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Bundesregierung

sollte sich dafür einsetzen, das Eigeninteresse des Empfängerlandes an einem Erfolg der Fördermaßnahme mehr als bisher zu stärken.

### ● Neue Bundesländer

Wir begrüßen es ausdrücklich, daß nach den Reformvorschlägen der EU-Kommission die neuen Bundesländer auch zukünftig in vollem Umfang in die Strukturförderung der EU einbezogen bleiben.

### ● Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber

Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie in der Europäischen Union ein Verteilungssystem durchsetzt, wie es sich in Deutschland bewährt hat, um die Lasten gleichmäßiger zu verteilen.

### ● Subsidiaritätsprinzip

Wir treten für ein Europa ein, in dem Kommunen, Regionen, Mitgliedstaaten und Europäische Union nach dem Prinzip der Subsidiarität zusammenwirken. Dazu bedarf es auf Dauer einer klaren Kompetenzabgrenzung.

### ● Institutionelle Reformen

Die in Amsterdam zurückgestellten institutionellen Reformen (Zusammensetzung der Kommission, Stimmengewicht im Rat und insbesondere Entscheidungsverfahren) müssen während der deutschen Präsidentschaft einer Lösung ein Stück nähergebracht werden, um die EU erweiterungsfähig zu machen. An den entsprechenden Verhandlungen muß das Europäische Parlament gleichberechtigt mit der Kommission beteiligt werden.

### ● Erweiterung

Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie den Erweiterungsprozeß mit Energie betreibt. Er ist ein besonderes deutsches Interesse. Maß und Tempo der Re-

formen in den Beitrittsländern werden von der Klarheit der Beitrittsperspektive bestimmt. Die EU muß ab 2002 erweiterungsfähig sein. Längere Übergangsfristen in einigen Bereichen sind eher hinzunehmen als der fortgesetzte Ausschluß der Beitrittskandidaten aus der politischen Union Europa.

### ● Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Der gemäß des Amsterdamer Vertrages jetzt zu benennende hohe Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union muß eine starke politische Persönlichkeit sein. Die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Union ist durch die Wirtschafts- und Währungsunion noch dringender geworden; eine immer wichtigere Bedeutung kommt der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu. Ihr muß sich die Bundesregierung besonders annehmen, auch um künftig bei Initiativen anderer Partner auf diesem Felde nicht ausgeschlossen zu sein. Der von der Bundesregierung öffentlich geforderte

Verzicht auf den nuklearen Ersteininsatz gefährdet das Projekt der ESVI, damit werden Zweifel an der Bündnisfähigkeit und Zuverlässigkeit Deutschlands bei unseren Partnern hervorgerufen.

Gemeinsam mit unseren Partnern in Europa werden die Unionsparteien einen engagierten und offensiven Europawahlkampf führen. Wir begreifen Europa als große Chance für unser Land. Sicherlich, Europa verlangt Mut, das hat der Kampf für die Währungsunion gezeigt – aber er hat gelohnt. Diejenigen, die noch vor kurzem den Euro als „kränkelnde Frühgeburt“ angesehen haben, sind schon jetzt eines Besseren belehrt worden. Die Unionsparteien werden sich auch weiterhin für eine Europapolitik einsetzen, die für die Zukunft Perspektiven entwickelt und von Engagement und Solidarität getragen ist. An diesem Maßstab werden wir die Bundesregierung messen. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie während ihrer Ratspräsidentschaft die großen Chancen für Europa nutzt. Davon werden Deutschland und Europa gleichermaßen profitieren.

## Der Bausektor bleibt nach wie vor die Achillesferse der ostdeutschen Konjunktur

**Das Konjunkturbarometer Ost der Düsseldorfer Zeitung „Handelsblatt“ hat sich im Dezember weiter abgeschwächt.**

Mit 4,8 Prozent lag es um 0,2 Prozentpunkte unter dem Vormonatswert und um 0,5 Prozentpunkte unter seinem letzten Höchststand von 5,3 Prozent im September vergangenen Jahres. Das Verarbeitende Gewerbe bleibt die wichtigste Konjunkturstütze im Osten. Zwar hat sich das Geschäftsklima in den neuen Bundesländern in den mei-

sten Sektoren wieder etwas aufgeheitelt. Die Auftragseingänge wiesen jedoch insgesamt eine fallende Tendenz auf, insbesondere im Bausektor. Im Oktober war es saisonbereinigt mit einem Minus von 18 Prozent gegenüber dem Vormonat regelrecht zu einem Einbruch gekommen.

Am stärksten betroffen war der Hochbau (ohne Wohnungsbau). Der entsprechende Vorjahresstand wurde im Baugewerbe Ost im Oktober um 15 Prozent unterschritten.

## Weichen beim Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit falsch gestellt

**Zur Wirksamkeit des Programms gegen Jugendarbeitslosigkeit erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:**

Dem Programm für arbeitslose Jugendliche ist unter Qualitätsgesichtspunkten und unter Kosten-Nutzen-Aspekten mit größtem Mißtrauen zu begegnen. Aufgrund von Informationen aus der Arbeitsverwaltung erscheint es mehr als zweifelhaft, ob die Maßnahmen in der geplanten Größenordnung kurzfristig und vor allem auf hohem qualitativen Niveau umgesetzt werden können. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß zweit- und drittklassige Angebote unterbreitet werden, mit denen den Jugendlichen nicht wirklich geholfen wird.

Damit werden die Weichen falsch gestellt. Die Tarifparteien werden aus ihrer Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen entlassen, und es besteht die Gefahr, daß sich der Staat aus dieser Art der Ausbildungsförderung

auch in den nächsten Jahren nicht mehr zurückzieht.

Statt effektheischender Schnellschüsse, sollte sich die Bundesregierung vielmehr um strukturelle Veränderungen bemühen. Dazu zählt eine Verlagerung der Verantwortung in die Region. Denn ein Schlüssel zum Erfolg bei der beruflichen Integration von arbeitslosen Jugendlichen liegt in der zielgenauen Befragung an Schulen, intensiven Kontakten mit Arbeitsämtern und Kammern sowie der engen Zusammenarbeit mit den Unternehmen in der jeweiligen Region.

Die Maßnahmen enthalten außerdem nichts Neues: Beratung und Vermittlung, Trainingsmaßnahmen, ABM mit Qualifizierungsanteil, Lohnkostenzuschüsse, Beratung und Betreuung in der Anfangsphase der Erwerbstätigkeit sowie die Beschäftigung, Qualifizierung und Beratung in Beschäftigungsprojekten sind bekannte Instrumente.

## Literatur-Preis der Adenauer-Stiftung vergeben

**Der Schriftsteller Burkhard Spinnen (42) erhält in diesem Jahr den mit 25.000 Mark dotierten Literatur-Preis der Konrad-Adenauer-Stiftung.**

Mit der Auszeichnung würdigte die Jury einen Autor, der zu den bedeutendsten realistischen Erzählern in der jüngeren deutschen Literatur gehöre, teilte die Adenauer-Stiftung in Bonn mit.

Der Preis wird am 16. Mai in der europäischen Kulturstadt Weimar verliehen. Die Laudatio hält die baden-württembergische Kultursministerin **Annette Schavan**.

Der Preis wird von der Adenauer-Stiftung seit 1993 verliehen. Bisher erhielten ihn unter anderem Sarah Kirsch, Walter Kempowski und Hartmut Lange.

# Klare Marschrichtung der Union

## Edmund Stoiber neuer Parteichef der CSU

**Mit 93,4 Prozent der Stimmen ist Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber als Nachfolger von Theo Waigel zum Vorsitzenden der CSU gewählt worden.**

In der Doppelfunktion als Ministerpräsident und Parteivorsitzender von 180.000 CSU-Mitgliedern verfügt er über dieselbe Macht, die einst Franz-Josef Strauß besaß.

Auf dem Weg zurück zur Macht in Bonn und in Berlin wolle er „Motor der Union“ sein, rief Stoiber nach seiner Wahl den rund tausend Delegierten des CSU-Parteitags in München zu und kündigte zugleich an, daß alle wichtigen Fragen auf diesem Weg in Absprache mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, beantwortet werden.

„Die Kraft, die bewegt – CSU“ lautete das Parteitagsmotto. Es war für die ganze Union gemeint und darüber hinaus. „Viele, auch außerhalb Bayerns“, hatte Edmund Stoiber in seiner Rede nach der Wahl formuliert. „hoffen auf uns. Wir dürfen sie nicht enttäuschen.“ „Der Erfolg der CSU ist nicht nur für Bayern gut“, bestätigte auch Wolfgang Schäuble in seiner Rede auf

dem CSU-Parteitag und demonstrierte Schulterschuß und Geschlossenheit der beiden Schwesterparteien. Stoiber wie Schäuble richteten die Marschrichtung der Union wieder klar auf die Auseinandersetzung mit der „rot-grünen Katastrophenregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder“ aus.

Edmund Stoiber, auf Lafontaines „altsozialistische Umverteilungspolitik“ und Schröders „Sowohl-als-auch“ bei der doppelten Staatsbürgerschaft gemünzt: „Von der guten Laune und der guten Presse des schwadronierenden Herrn Schröder haben die deutschen Arbeitslosen gar nichts.“

Beide Parteichefs bekannten sich zur Union als einer „Volkspartei, in der bürgerliche Mitte und integrierte demokratische Rechte ihrer Heimat haben müssen“.

„Niemand wird uns auseinanderreden oder -schreiben können“, sagte Wolfgang Schäuble, und Edmund Stoiber ergänzte: „Wir wanken nicht. Wir werden die Fehler der Regierung Schröder offenlegen und den Menschen wieder Zuversicht geben.“

## Schönbohm kündigt harten Wahlkampf an

**Mit überwältigender Mehrheit ist der frühere Berliner Innensenator Jörg Schönbohm zum neuen Landesvorsitzenden der Brandenburger CDU gewählt worden.**

Ebenfalls mit klarer Mehrheit wählte der Parteitag in Potsdam die neue Führungsspitze des Landesverbands.

Alter und neuer Generalsekretär: der Landtagsabgeordnete Thomas Lunacek.

Der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble rief die Delegierten zur Geschlossenheit auf und nannte das Ergebnis des Parteitags „eine neue Chance“, um in Brandenburg wieder mehrheitsfähig zu werden. Schönbohm bekräftigte den Machtanspruch seiner Partei und kündigte einen harten Wahlkampf gegen die SPD an. Schönbohm: „Ich werde weiter dem Club der klaren Aussprache angehören.“

# Mitten im Gespräch

## Zwischenergebnis zur Mitglieder-Werbeaktion

Die CDU in Rheinland-Pfalz ist gut in Form. Das mit 39,1 Prozent nach Bayern bundesweit beste Ergebnis bei der Bundestagswahl, der Erfolg bei den Urwahlen, von denen die CDU 14 von 24 für sich entscheiden konnte, und die positive Mitgliederentwicklung besonders in den Wochen nach dem 27. September sprechen deutliche Worte: Mit dem Dialogkonzept hat die rheinland-pfälzische Union die richtige Antwort auf gesellschaftliche Veränderungen gefunden.

Wir haben die Zeichen der Zeit erkannt und uns neuen Formen politischer Kommunikation geöffnet. Der Bürger erwartet eine Ansprache in seinem persönlichen Umfeld; er erwartet das Eingehen der Politik auf seine unmittelbaren Anliegen, Bedürfnisse, Interessen und Fragen. Er erwartet, daß sich die Politik auf den Weg zum Bürger macht. Der Wähler wird, so gesehen, zum Kunden; die Partei muß sich mehr denn je als Dienstleister verstehen.

**Wir sind im Gespräch  
mit dem Bürger!**

### ● Mitglieder-Werbeaktion

Als erster Landesverband nach der Bundestagswahl ging die CDU in Rheinland-Pfalz mit einer Aktion an die Offensive und damit zum Angriff auf eine chaotische rot-grüne Politik über.

Jedem der über 60.000 CDU-Mitglieder ging ein persönliches Schreiben des Landesvorsitzenden Christoph Böhr mit zwei Postkarten zu. Die Karten sind zur Weitergabe an Freunde und Bekannte bestimmt,

die ermuntert werden sollen, sich zur CDU zu bekennen. Teil der Aktion sind neben dem Schreiben auch Plakate und Wandzeitungen für die rund 2.000 Schaukästen im Lande.

Das Zwischenergebnis der Mitglieder-Werbeaktion sieht gut aus!

**Pressekonferenz mit  
dem Vorsitzenden der CDU  
Rheinland-Pfalz,  
Christoph Böhr,  
Ende letzten Jahres**

Schon nach wenigen Wochen rot-grüner Regierungszeit sind viele zu Recht über die Bonner Chaos-Truppe verärgert. Unmut über die Bundesregierung macht sich zunehmend breit.

Seit Beginn der Mitglieder-Werbeaktion haben sich rund 400 Bürgerinnen und Bürger für die CDU und damit für eine bessere Politik entschieden. Insgesamt verzeichnet die CDU in Rheinland-Pfalz seit dem 27. September über 850 Neumitglieder.

### ● Aktion „Von Tür zu Tür“

Zu einem 'Erfolgsmodell' ist unsere Aktion „Von Tür zu Tür“ geworden. Immer wieder werden wir darin bestätigt und ermutigt, daß unser Weg zum Bürger goldrichtig ist. Seit Beginn der Aktion im Frühjahr dieses Jahres haben wir rund 137.000 Hausbesuche absolviert und mit den Bürgerinnen und Bürgern über die CDU und ihre politischen Ziele gesprochen. Es bestätigt sich immer

wieder, daß diese Form des Kontaktes mit dem Bürger auf eine sehr hohe Gesprächsbereitschaft stößt. Entscheidend für den Erfolg ist, daß die Gespräche im jeweiligen Orts- und Stadtbezirksverband der Partei vor- und nachbereitet werden.

Der Erfolg läßt sich messen. Das Bundestagswahlergebnis und die Ergebnisse bei den Urwahlen sprechen für sich. Nicht zuletzt profitiert jeder Politiker von dieser Art der Kommunikation. Wichtige Erfahrungen, die auf dem Weg „von Tür zu Tür“ gesammelt werden, fließen in die politische Arbeit.

### ● Internet-Sprechstunde

Durch die Internet-Sprechstunde des Landes- und Fraktionsvorsitzenden, die jeweils am ersten Mittwoch im Monat stattfindet, konnte ein Personenkreis angesprochen werden, den ein Politiker ansonsten nur sehr schwer erreicht. Es handelte sich überwiegend um Schüler und Studenten, aber auch um Berufstätige, die häufig über ein MultiMedia-Computer kommunizieren. An der Sprechstunde „per chat“ nahmen üblicherweise 10-15 Personen gleichzeitig teil, was einer idealen Größenordnung entspricht.

Die Internet-Sprechstunde wird ausgebaut. Neben dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden werden auch Sprecher der CDU-Landtagsfraktion zu vorher über die Homepage der CDU-Landtagsfraktion und auf Flugblättern bekannt gegebenen Themen mit Interessierten kommunizieren.

### ● Partei Nr. 1 auf kommunaler Ebene

Ein besonders großartiger Erfolg für die CDU in Rheinland-Pfalz sind die Direktwahlen. 14 von 24 dieser Wahlen konnten wir in diesem Jahr für uns entscheiden. Höhepunkte waren die Landratswahlen in Altenkirchen und im Rhein-Hunsrück-Kreis sowie die Oberbürgermeisterwahlen

in Trier und Pirmasens, wo wir trotz eines massiven Einsatzes des Ministerpräsidenten und nahezu allen SPD-Ministern erstmalig den Oberbürgermeister stellen.

Die CDU bleibt die Kommunalpartei in Rheinland-Pfalz. Wir gehen mit Vollzucht in die Kommunalwahl, die im Juni stattfindet.

### ● Ausblick – Neue Wege der Kommunikation

Wer gestalten will, der darf nicht dem Zeitgeist 'hinterhersurfen'. Man braucht einen Kompaß, der einem den Weg in die richtige Richtung weist. Man darf niemals müde werden, nach Lösungen zu suchen, aus Fehlern zu lernen und beharrlich neue Wege zu gehen.

Dem Informationsfluß in die Partei hinein und zu all denjenigen, die an der Arbeit der CDU Interesse haben, wird eine sehr große Bedeutung eingeräumt.

Um diesen gerade auch im Hinblick auf die kommende Kommunalwahl zu forcieren, wird die CDU in Rheinland-Pfalz über ein e-Mail-Verteiler vernetzt. Per Knopfdruck gehen Informationen, Pressemitteilungen, Neuigkeiten aus der Bundes- und Landespolitik in die Partei und an alle Interessierte.

Ein elektronischer Presseverteiler wird eingerichtet, der Pressemitteilungen aus Partei und Landtagsfraktion sowie Bildmaterial blitzschnell in die Redaktionscomputer befördert.

Auch wird ein Abruf-Faxgerät eingerichtet, über das die die CDU-Geschäftsstellen, Mitglieder und alle Interessierte aktuelle Informationen abrufen können.

Verbreitet werden diese 'neuen Wege der Kommunikation' über Anzeigen sowie über die Publikationsorgane „Union in Deutschland“ (z.B. auch UiD 32/1998) und „UNION“, die jeweils einen Rheinland-Pfalz-Teil enthalten. ■

# Was spricht gegen den Gesetzentwurf der Schröder-Regierung zur regelmäßigen doppelten Staatsangehörigkeit?

Nach den Plänen der Schröder-Regierung soll das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht grundlegend geändert werden: In Zukunft soll es Einbürgerungen unter genereller Hinnahme doppelter Staatsangehörigkeit geben. Dagegen bestehen schwerwiegende Bedenken:

- ▶ Durch die doppelte Staatsangehörigkeit wird die Integration ausländischer Mitbürger nicht gefördert. Integration bedeutet das Bemühen, in unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit heimisch zu werden, und kein unverbundenes Nebeneinander auf Dauer. Integration fordert eine klare Entscheidung für Deutschland als neue und dauerhafte Heimat.
- ▶ Doppelte Staatsangehörigkeit widerspricht dem Rechtsgrundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit. Diese kann zu Kollisionen, beispielsweise bei der Wehrpflicht oder dem diplomatischen Schutz führen. Der Grundsatz, Mehrstaatigkeit zu vermeiden, ist in vielen europäischen Staaten Standard.
- ▶ Die Zulassung der Mehrstaatigkeit würde zu verstärkter Zuwanderung nach Deutschland führen. Doppelstater können unter erleichterten Bedingungen ihre ausländischen Familienangehörigen nachkommen lassen. Sie brauchen dabei nicht nachzuweisen, daß sie den Lebensunterhalt ihrer Angehörigen sicherstellen und für ausreichenden Wohnraum sorgen können.
- ▶ Zur Beruhigung der Öffentlichkeit enthält der Gesetzentwurf der Schröder-Regierung einige „Sicherheitsklauseln“. Bei Licht besehen sind sie allerdings wirkungslos. So wird z.B. die Verfassungstreue des Einbürgerungsbewerbers nicht überprüft.

**Ja zur Integration –  
Nein zur doppelten Staatsangehörigkeit**

**CDU**

# Damit Integration gelingen kann

Die CDU will die auf Dauer und rechtmäßig bei uns lebenden Ausländer in die deutsche Gesellschaft integrieren. Dafür müssen Deutsche und Ausländer aufeinander zugehen. Integration stellt Anforderungen an beide Seiten. Deshalb tritt die CDU für eine konsequente Beschränkung der Zuwanderung nach Deutschland ein und fordert eine realistische Integrationspolitik. Wichtige Elemente dieser Politik sind:

## **Erlernen der deutschen Sprache**

Wer dauerhaft in Deutschland leben will, muß die deutsche Sprache lernen. Ohne deutsche Sprachkenntnisse kann die Integration in die deutsche Gesellschaft nicht gelingen.

## **Möglichst früher Familiennachzug**

Gerade in Kindergärten und Schulen wird die deutsche Sprache spielend erlernt. Der beste Zeitpunkt für den Nachzug von Ausländerkindern nach Deutschland liegt deshalb vor dem sechsten Lebensjahr der Kinder.

## **Integration in den Schulen fördern**

Die Schulen müssen ihre Integrationsaufgaben gegenüber ausländischen Kindern und Jugendlichen wahrnehmen können. Dazu gehört vor allem die besondere Förderung des Deutschunterrichtes für Ausländerkinder.

## **Arbeitssuche und Berufsausbildung unterstützen**

Zuwanderer werden vor allem auch über den Arbeitsplatz integriert. Besondere Ausbildungsprojekte, Qualifizierungsmaßnahmen und berufsvorbereitende Maßnahmen müssen deshalb ausgebaut werden.

## **Keine getrennten Wohngebiete**

Getrennte Wohngebiete verhindern den notwendigen Austausch zwischen Deutschen und Ausländern. Stadtentwicklung und Kommunalpolitik müssen soziale Abschottungen verhindern.

## **Gleiche Dienstpflichten für alle**

Bundeswehr und Zivildienst führen Deutsche und Zugewanderte zusammen. Der gemeinsame Dienst dient dem gegenseitigen Kennen und Verstehen.

## **Zusammenleben in Vereinen**

Gemeinschaftserlebnisse im Sportvereinen und Jugendgruppen bauen Vorurteile ab. Die Vereine müssen bei dieser wichtigen Aufgabe unterstützt werden.

## **Andere Kulturen und Religionen akzeptieren**

Schulen, Medien und Religionsgemeinschaften müssen über die Kultur der jeweils anderen sachlich informieren. Nur so kann das Verständnis zwischen Deutschen und Zuwanderern wachsen.

Integration muß täglich in den Schulen, in den Verwaltungen und Betrieben, in den Vereinen und in der Nachbarschaft stattfinden. Die Staatsangehörigkeit steht am Ende, nicht am Anfang der Integration. Die generelle Hinnahme von Mehrstaatigkeit leistet keinen Beitrag zu den vor uns liegenden Integrationsaufgaben.

**Ja zur Integration –  
Nein zur doppelten Staatsangehörigkeit**

**CDU**

# »Ja zu Integration – Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit«

Die Integration der dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für die Zukunft und den inneren Frieden unseres Landes von großer Bedeutung. Integration erfordert Toleranz für andere Lebensart und das Bemühen, in Deutschland heimisch zu werden.

Wir wollen diesen hier lebenden Ausländern und ihren Kindern die Integration und den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erleichtern.

Die Einbürgerung kann erst am Ende einer gelungenen Integration stehen. Eine klare Entscheidung für Deutschland und die deutsche Staatsangehörigkeit ist dazu unverzichtbar.

Deshalb sind wir gegen die generelle Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit.

	Name	Anschrift	Unterschrift
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			
7.			
8.			
9.			
10.			

Bitte zurücksenden an die  
CDU-Bundesgeschäftsstelle · Postfach · 53084 Bonn

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) of Germany, consisting of the letters 'CDU' in a bold, red, sans-serif font.

**Integration  
und  
Staats-  
angehörigkeit**

Fragen  
&  
Antworten



**heute, MORGEN, ÜBERMORGEN:  
INTEGRATION AKTIV GESTALTEN.**  
Aktionsleitfaden „Integration ausländischer Mitbürger“

**Ja zu Integration –  
Nein zu doppelter  
Staatsangehörigkeit**

**CDU**  
mitten im Leben.

Zur Durchführung für Ihre Aktionen vor Ort stehen Ihnen ab sofort folgende Materialien kostenlos zur Verfügung:

- H535 Leitfaden „**Integration aktiv gestalten**“, Format DIN A4
- H536 Flugblattvorlage: „Was spricht gegen den Gesetzentwurf der Regierung Schröder“
- H538 Flugblattvorlage: „Damit Integration gelingen kann“
- H539 Unterschriftsliste DIN A4
- H537 Postkarte für Unterschriften (DIN A4-Bogen mit 3 Postkarten für Verteilaktionen oder Haustür-Canvassing)
- 2534 Leporello „7 Fragen 7 Antworten“

Bestellen können Sie diese Materialien bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle

**HA Öffentlichkeitsarbeit  
Friedrich-Ebert-Allee 73  
53113 Bonn**

oder per Fax: 0228 / 544-482

**Ja zu Integration – Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit**

Die Integration der dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für die Zukunft und den inneren Frieden unseres Landes von großer Bedeutung. Integration erfordert Toleranz für andere Lebensart und das Bemühen, in Deutschland heimisch zu werden. Wir wollen diesen hier lebenden Ausländern und ihren Kindern die Integration und den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erleichtern. Die Einbürgerung kann erst am Ende einer gelungenen Integration stehen. Eine klare Entscheidung für Deutschland und die deutsche Staatsangehörigkeit ist dazu unverzichtbar. Deshalb sind wir gegen die generelle Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit.

Name	Anschrift	Unterschrift
1.		
2.		
3.		
4.		
5.		

**Vorlagen auf den Seiten 28 bis 30 zum Gebrauch  
auf DIN A 4 hochkopieren!**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN  
PVSt, DEUTSCHE POST AG  
ENTGELT BEZAHLT.



### Aktionstip!

Verkaufen Sie jetzt an den kalten Tagen die Tasse an Ihrem Infostand mit heißem Glühwein. Die Tasse kann nach dem Genuß des Glühweins behalten werden, wodurch an Ihrem Stand kein Müll anfällt.

#### ▲ Glühwein-Tasse: „Jammert mir nichts vor ...“

Bestell-Nr.: 9514

Verpackungseinheit: 6 Tassen, Preis je 6 Expl.: 25,80 DM zzgl. MwSt. und Versand

# UiD

2/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.